

Der Blick richtet sich auf die FDP

Ist das Nein zur Initiative der Grünen ein generelles Nein zum Atomausstieg? Oder vielmehr gerade ein Ja zum schrittweisen Ausstieg? Die Abstimmung zur Energiestrategie 2050 wirft bereits ihre Schatten voraus.

VON **ROGER BRAUN**

BERN Dass Abstimmungsergebnisse unterschiedlich bewertet werden, ist eine gutschweizerische Tradition. Doch gestern hatten die Interpretationen eine spezielle Relevanz. Denn am Horizont steht bereits die nächste Volksabstimmung zur Energiepolitik: jene zur Energiestrategie 2050. Diese verankert den Atomausstieg im Gesetz und fördert die erneuerbaren Energien sowie die Energieeffizienz, damit die Schweiz künftig auf die Atomenergie verzichten kann, ohne dass die Lichter ausgehen.

Eine «klare Bestätigung für die Energiestrategie 2050» sah die CVP in der 54-prozentigen Ablehnung der Initiative. «Die Bevölkerung will die Energiegewende», hiess es bei den Grünen. Die SP sah einen «knappen Entscheid», der deutlich mache, dass das Atomzeitalter vorbei sei. Ganz anders die SVP. «Die Bevölkerung hat klar Nein gesagt zu einem Technologieverbot, also einem Ausstieg aus der Atomenergie», sagte SVP-Präsident und Nationalrat Albert Rösti (BE). Nie und nimmer könne man den Ja-Anteil von 46 Prozent als Ja zur Energiestrategie deuten. Der atomfreundliche Berner Nationalrat und FDP-Vizepräsident Christian Wasserfallen sprach von einer «schleierhaften» Interpretation von Mitte-Links. «Zum ersten Mal hat die Schweizer Bevölkerung seit dem Atomunfall in Fukushima über den Atomausstieg abgestimmt – und klar Nein gesagt», sagte er. Wasserfallen sieht eine verfehlte Wahrnehmung, was die Bedürfnisse der Bevölkerung angeht. «Das Volk ist nicht gegen die Atomenergie, sondern es will Kontinuität, Versorgungssicherheit und günstige Strompreise.»



Längere Laufzeit: Das Kernkraftwerk Leibstadt wird nach dem gestrigen Nein zur Atomausstiegs-Initiative auch nach 2029 Strom produzieren. Bild Key

Die Energiestrategie 2050 ist das bundesrätliche Konzept für den Atomausstieg. Demnach sollen die Kraftwerke bis an ihr Lebensende laufen, dann aber nicht mehr ersetzt werden. An die Stelle der Atomkraft sollen die erneuerbaren Energien treten, die künftig noch stärker finanziell gefördert werden sollen. Dazu wird der Netzzuschlag auf den Strompreis von 1,5 auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Dies kostet eine Familie jährlich etwa 40 Franken zusätzlich. Das Parlament sagte zur ersten Etappe dieser Strategie in der Herbstsession deutlich Ja, der Nationalrat mit 120 zu 72 Stimmen. SP, Grüne, CVP, BDP und GLP stehen entschlossen hinter der Energiestrategie. Ebenso entschieden stellt sich die SVP dagegen. Sie sammelt seit gut einem Monat Unterschriften gegen das Gesetzeswerk; eigentlich niemand zweifelt daran, dass das Referendum zustande kommt.

FDPler gegen Energiestrategie 2050

Als schicksalhaft könnte sich bei der Abstimmung die Position der FDP erweisen. Doch diese weiss nicht so recht, was sie will. Im Nationalrat stimmten 17 Parlamentarier für die Energiestrategie, 13 dagegen. Im Stän-

derat fiel die Zustimmung mit zehn zu einer Gegenstimme deutlich aus. Allerdings: Namhafte Schwergewichte der Partei sind gegen die Energiestrategie. Innerhalb des Parteipräsidiums ist einzig der Genfer Nationalrat Christian Lüscher dafür. Dagegen gestimmt haben Präsidentin Petra Gössi, der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni, der Walliser Nationalrat Philippe Nattermod sowie Christian Wasserfallen.

Pfister setzt FDP unter Druck

An der Unterschriftensammlung beteiligt sich die FDP nicht, nachdem die Konferenz der kantonalen Parteiprääsidenten dies so entschieden hat. Allerdings wird sich die Partei positionieren müssen, sobald das Referendum steht. Die CVP forderte denn gestern die FDP auch auf, Stellung zu beziehen. «Die FDP muss sich nun endlich klar zur Energiestrategie bekennen», sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister. «Wir müssen gar nichts», erwidert Gössi. Sie sieht keinen Grund, vom üblichen Verfahren abzuweichen. «Wir warten jetzt erst mal ab, ob das Referendum überhaupt zustande kommt, dann werden die Delegierten entscheiden.»

Ob diese dem Kurs der FDP-Fraktion folgen, ist indes höchst unsicher.

Innerhalb der Partei gibt es starke Kräfte, die resolut gegen die Energiestrategie kämpfen. Zum Beispiel die Jungfreisinnigen: Die Jungpartei der FDP unterstützt die SVP aktiv bei der Unterschriftensammlung und wird vor der entscheidenden Delegiertenversammlung, die voraussichtlich am 25. März stattfinden wird, entsprechenden Rummel machen. Ein lautstarker Gegner ist auch Christian Wasserfallen. Für ihn ist klar, «dass eine freisinnige Partei nicht Ja sagen kann zu diesem Subventionsmonster, das keinerlei Lösungen für die Probleme im Energiesektor bereitstellt».

Der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger sieht das anders. «Mit dem neuen Gesetz schaffen wir keine neuen Subventionen.» Es würden lediglich die bestehenden ausgebaut – und das mit gutem Grund, wie Schilliger findet. «Wir haben gegenüber der Bevölkerung Versprechen gemacht, diese gilt es nun zu halten.» Schilliger spricht damit die kostendeckenden Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien wie die Fotovoltaik an. Installiert ein Bürger Solarpanels auf seinem Dach, erhält er finanzielle Unterstützung vom Bund. Das Problem ist: Das Geld reicht nicht, um die getätigten Investitionen abzugelten. «Um die Warteliste abzubauen, sind deshalb vorübergehend höhere Abgaben nötig», sagt Schilliger. Wichtig für ihn ist: «Innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes kommt die Einspeisevergütung an ihr Ende, und wir machen Schluss mit der Subventionswirtschaft.»

Wirtschaft zaudert ebenfalls

Neben der FDP tut sich auch die Wirtschaft schwer. Sowohl der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse als auch der Gewerbeverband helfen zwar bei der Unterschriftensammlung nicht mit. Das heisst allerdings noch lange nicht, dass sie die Energiestrategie unterstützen. Aufgrund der bisherigen Verlautbarungen ist insbesondere beim Gewerbe ein Nein zu erwarten, aber auch bei Economiesuisse bestehen erhebliche ordnungspolitische Zweifel.

Vorausgesetzt, die SVP bringt das Referendum zustande, wird die Bevölkerung voraussichtlich am 21. Mai nächsten Jahres über die Energiestrategie abstimmen.

Kommentar

Ein Nein, das etwas mehr Zeit verschafft

SIDONIA KÜPPER

Die Schweizer Stimmbevölkerung sagt deutlicher als vermutet Nein zu einer unnötigen Beschleunigung des Atomausstiegs. Die Initiative der Grünen, die schon 2017 drei AKW den Stecker ziehen wollte, erzielte 45,8 Prozent der Stimmen. Das ist zwar für eine Volksinitiative von links-grüner Seite ein achtbares Ergebnis, das zeigt, dass das Anliegen auch in der Mitte auf Zustimmung stösst. Dennoch ist die Ablehnung erfreulich klar.

Naturgemäss wird nun von beiden Seiten um die Deutungsmacht gekämpft: Hat der Wind beim Atomausstieg gedreht? Könnte die Energiestrategie 2050 an der Urne scheitern? Oder war gerade der Plan der Regierung als bessere Lösung der Grund für das Nein? Die SP Schweiz verstieg sich auf prophetische Weise gar zur Aussage, dieses Resultat bedeute, dass es hierzulande «niemals mehr eine Mehrheit für einen AKW-Neubau geben wird». Fast geht da vergessen, dass die Abstimmung verloren ging. In Bezug auf die Energiestrategie dürften die Fronten bald an der Urne geklärt werden.

In der aktuellen Kampagne konnten die Initianten nicht erklären, warum gerade nach 45 Jahren das Restrisiko von Atomkraftwerken untragbar würde. Der vernünftige Grundsatz, dass die Meiler am Netz bleiben dürfen, solange sie sicher sind, bleibt gewahrt, und die Spielregeln für die Betreiber werden nicht einfach willkürlich geändert.

Damit gewinnen die Netzbetreiber Zeit für den Umbau ihrer Infrastruktur. Diese sollten sie intensiv nutzen, denn angesichts der aktuellen Preissituation und der Gestehtungskosten des Atomstroms deutet einiges darauf hin, dass die ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen zum besten Helfer der Atomkraftgegner werden.

Schaffhauser Interpretationen über die Auswirkungen des gestrigen Neins

Was das Nein zur Atomausstiegs-Initiative der Grünen für Auswirkungen auf die Energiestrategie 2050 hat, wird je nach politischer Couleur anders eingeschätzt.

VON **ANNA KAPPELER**

SCHAFFHAUSEN Nach dem Nein zur Atomausstiegs-Initiative der Grünen kündigt sich bereits die nächste Energieabstimmung an. Aktuell werden Unterschriften gegen die Energiestrategie 2050 gesammelt – voraussichtlich im Frühling 2017 kommt die Vorlage an die Urne. Hat das gestrige Votum einen Einfluss darauf, wie die Energiestrategie beim Volk ankommen wird? «Die Chance besteht, dass es nun auch die Energiestrategie 2050 schwierig haben wird», sagt der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter. «Die Energiestrategie 2050 ist grossmehrheitlich eine reine Subventionsstrategie und Bürokratisierung.» Sie erhöhe laut Hurter die Auslandsabhängigkeit von billigem Kohle- und Atomstrom und würge unsere eigene Innovationsfähigkeit ab.

Hurter zeigt sich denn auch erfreut über das gestrige Nein: «Das Resultat zeigt, dass das Stimmvolk Gefahren voraussieht: Ein Ja wäre so unsinnig gewesen, wie wenn ich als Pilot vorsätzlich mit zu wenig Sprit losfliegen würde.» Dass das nicht gut gehen konnte, sei klar gewesen.

«Mehr Möglichkeiten für das Ensi»

Enttäuscht über das Resultat ist hingegen SP-Nationalrätin Martina Munz (SH). «Ich bedauere es sehr, dass der Atomausstieg gestern nicht beschlossen wurde.» Wichtig ist für Munz jetzt, dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) mehr Möglichkeiten zu geben, damit es den Sicherheitsstandard bei den AKW-Betreibern durchsetzen kann. «Gerade in einer Zeit, in der die AKW massive Verluste schreiben, muss das Ensi Forderungen für Nachrüstungen stellen können. Auch wenn diese ins Geld gehen», sagt Munz.

Trotz verlorener Abstimmung blickt Munz zuversichtlich in die Zukunft: «Der gestrige knappe Entscheid ist für mich ein gutes Omen dafür, dass die Energiestrategie 2050 vom Volk angenommen wird», sagt sie. «Das Volk will eine Neupositionierung der Energiepolitik, das geht aus dem gestrigen Votum klar hervor.»

Anders sieht das Munz' Nationalratkollege Hurter. «Die Energiestrategie muss finanziert werden können, dafür braucht es Innovation», sagt er. Die Energiestrategie 2050 wolle vor allem Wind- und Solarenergie fördern, setze dabei aber zu wenig auf die vorhandene Wasserkraft. Zudem, so Hurter, würden die Effizienz und die Kostentransparenz der verschiedenen Energieformen darin zu wenig berücksichtigt.

«Die Leute aufklären»

Erfreut über das gestrige Votum zeigt sich Andreas Gnädiger, Schaffhauser Vizepräsident der Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz. «Ich habe gehofft, dass die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung vernünftig ist und Nein sagt», so der Schaffhauser SVP-Kantonsrat.

Bis zur Abstimmung über die Energiestrategie 2050, die für ihn nicht zielführend sei, sei nun noch viel zu tun: «Wir müssen die Leute darüber aufklären, dass die Versorgungssicherheit – zu der gestern eine Mehrheit Ja gesagt hat – auch mit der Energiestrategie 2050 nicht einfach so gewährleistet ist.» Sonnen- und Windenergie können laut Gnädiger nicht so leicht erschlossen werden, wie das die Energiestrategie vorgebe.

Enttäuschung in Deutschland

BERLIN Das Schweizer Nein zu einem schnellen Atomausstieg ist in Deutschland mit Bedauern aufgenommen worden. «Das Ergebnis des Volksentscheids ist eine Enttäuschung für alle, die sich Klarheit darüber erhofft hatten, wann in der Schweiz der letzte Atommeiler vom Netz geht.» Dies erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Rita Schwarzelühr-Sutter von der SPD gestern.

«Weiterhin Unsicherheit»

Die Schweiz mute ihrer Wirtschaft damit weiterhin Unklarheit und Unsicherheit über die energiepolitische

Zukunft zu. Gleichwohl ändere das Abstimmungsergebnis nichts daran, dass die Atomkraft auch in der Schweiz ein Auslaufmodell sei: «Eine nachhaltige Energieversorgung ohne nukleare Risiken ist möglich – auch in der Schweiz», sagte Schwarzelühr-Sutter.

«Für sofortige Stilllegung einsetzen»

Nach Ansicht der Grünen-Bundesvorsitzenden Simone Peter müssen sich auch Nachbarländer für die sofortige Stilllegung von Atomkraftwerken in Grenznähe einsetzen – sei es in der Schweiz, in Frankreich, in Belgien oder in Tschechien. (sda)

Eidgenössische und kantonale Abstimmungen

Resultate in den Thurgauer Gemeinden

	Atomausstiegs-Initiative		Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule		Stimm-beteiligung %
	JA	NEIN	JA	NEIN	
Basadingen-Schlattigen	242	316	154	359	46,8
Berlingen	156	162	67	233	55,8
Diessenhofen	391	497	203	602	43,6
Ermatingen	391	484	231	596	45,6
Eschenz	203	323	122	366	46,0
Hüttwilen	256	370	152	442	53,7
Mammern	68	136	43	153	52,2
Neunforn	150	209	70	249	47,2
Salenstein	167	256	84	322	54,1
Schlatt	202	287	113	348	41,3
Steckborn	495	538	232	734	45,2
Wagenhausen	190	272	126	289	43,7